

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Ludwig Stiegler MdB kritisiert Stoltenbergs Steuer-Reform: Union schnürt den Kommunen die Luft ab.
Seite 1

Lilo Blunck MdB erhebt Vorwürfe gegen Umweltminister Töpfer: Komplize der Trinkwasser-Verschmutzer.
Seite 3

Dokumentation:

Unter dem Titel „Chancen und Risiken der Entspannung“ hielt SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler auf dem Evangelischen Kirchentag der DDR einen Vortrag, den wir in drei Teilen dokumentieren. Wortlaut
Seite 4

42. Jahrgang / 127

9. Juli 1987

Zur Wirkung der Bonner Steuerpolitik

Union schnürt den Kommunen die Luft ab

Von Ludwig Stiegler MdB
Stellvertretender SPD-Landesvorsitzender in Bayern
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Die öffentlichen Haushalte, nicht nur des Bundes und der Länder, sondern auch vor allem der Städte und Gemeinden kommen durch die rückläufigen Steuereinnahmen unter Druck. Die jüngste Steuer-schätzung hat sowohl bei der Einkommensteuer als auch bei der Gewerbesteuer erhebliche Überraschungen geboten. Die Wachstumserwartungen für das Bruttosozialprodukt müssen nicht nur für 1987, sondern für 1987 bis 1990 zurückgenommen werden. Bei Bund, Ländern und Gemeinden zeichnen sich Steuerausfälle in der Größenordnung von 80 bis 100 Milliarden Mark ab - ohne die Steuerausfälle, die durch die CDU/CSU-Steuerpolitik verursacht werden.

Die geplanten Stoltenbergschen Steuer-„Senkungen“ 1990 in Höhe von über 44 Milliarden Mark bedeuten dann eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte: Die Kommunen müssen mit Steuer- und Zuweisungsverlusten in Höhe von rund zehn Milliarden Mark rechnen. Es droht also die finanzielle Handlungsfähigkeit in Städten und Gemeinden, weil sich konjunkturbedingte Steuerausfälle mit Steuermindereinnahmen aufgrund der CDU/CSU-Steuerpolitik addieren. Diese Lücken können durch Neuverschuldung nicht geschlossen werden. Städte und Gemeinden werden keine anderen Möglichkeiten haben als ihre Investitionen massiv zu kürzen und die Dienstleistungen für ihre Bürger einzuschränken. Besonders strukturschwache Städte und Gemeinden in Bayern müssen einen Blutzoll zahlen. Die Städte und Gemeinden werden ihrer wichtigen Funktion als größter Auftragsgeber beraubt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with German Paper
Köln-Verlag



Insgesamt bedeutet dies einen weiteren Rückgang der öffentlichen Nachfrage und eine Belastung der Konjunktur. Selbst wenn - ungerechterweise - ein Teil der Steuersenkungen für Spitzenverdiener durch die Mehrwertsteuer von Sozialhilfeempfängern und Rentnern nach dem Willen mancher CDU- und CSU-Politiker wieder kompensiert werden sollte, bleibt die Finanzpolitik - selbst wenn man Gerechtigkeitsaspekte außer acht läßt - gesamtwirtschaftlich unerträglich.

CSU und Stoltenberg wollen offensichtlich unser Land und unsere Gemeinden finanziell ruinieren. Die öffentlichen Haushalte sollen finanziell handlungsunfähig gemacht werden. Unsere sozialdemokratische Alternative ist klar und deutlich:

1. Massive öffentliche Investitionen zur Stützung und Belebung der Konjunktur und damit auch zur Erhöhung der Steuereinnahmen auf allen Ebenen.
2. Zurückführung der sogenannten Steuerentlastung 1990 auf ein gerechtes und ein realistisches Maß. Eine zweite Stufe über das jetzt beschlossene Volumen hinaus wird es mit uns nicht geben. Das jetzige Volumen muß gerechter verteilt werden, das heißt, die Entlastung muß vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Eine Refinanzierung der Steuererleichterung für Spitzenverdiener durch Verbrauchs- und/oder Mehrwertsteuern von Nicht-, Klein- und Mittelverdienern ist konjunkturpolitisch Gift, sozial ungerecht und kommt darum für uns nicht in Frage. Auch die europäische Bemäntelung dieser Belastungsverteilung durch Strauß nehmen wir nicht hin.

Steuerpolitik ist nicht nur etwas für Steuer- und Tarifexperten. Sie berührt die Politik- und Handlungsfähigkeit auf allen Ebenen, insbesondere auch in den Kommunen. Wer den Gemeinden und Städten den Finanzhahn abdreht, schnürt der kommunalen Demokratie und der Selbstverwaltung die Luft ab. Wir hoffen, daß die Kommunalpolitiker der CSU endlich aufwachen und begreifen, was Strauß und Streibl ihnen und ihren Bürgern im Interesse einer kleinen Klientel noch alles zumuten wollen. Noch ist Zeit zum Widerstand und zur Aktion. (./9.7.1987/va-he/rs)

* * *



Töpfer als Komplize der Trinkwasser-Verschmutzer

Der Umweltminister verhindert notwendige Untersuchungen

Von Lilo Blunck MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Angesichts der alarmierenden Belastung des Grundwassers und der zur Trinkwassergewinnung benutzten Gewässer mit Pflanzenschutzmitteln ist es schon ein Skandal, wenn sich Bundesumweltminister Töpfer weigert, die Biologische Bundesanstalt zu verpflichten, die Analyseverfahren für Pflanzenschutzmittel den Wasserwerken zur Verfügung zu stellen. Die Wasserwerke sind schließlich für die Qualität unseres Trinkwassers verantwortlich. Und wie sollen sie gesundheitsschädliche Belastungen von gefährlichen Chemikalien nachweisen können, wenn sie nicht über die entsprechenden Analyseverfahren verfügen.

Herr Töpfer macht sich damit zum Komplizen all derer, die den Eingriff in den natürlichen Wasserkreislauf durch die ungehemmte Anwendung von Pflanzenschutzmitteln immer noch als unvermeidliche Begleiterscheinung einer hoch industrialisierten Gesellschaft verstehen, in der eben Gesundheitsrisiken in Kauf genommen werden müssen. Aber Herr Töpfer hat in seiner kurzen Amtszeit offensichtlich immer noch nicht begriffen, daß die Bürger und Bürgerinnen nicht länger gewillt sind, vermeidbare Gesundheitsgefährdungen als Naturereignis zu akzeptieren.

Trinkwasser ist unser wichtigstes Nahrungsmittel. Es muß endlich vor einer weiteren Vergiftung mit Chemikalien, insbesondere Pflanzenschutzmitteln bewahrt werden. Dazu sind neben der Bekanntgabe der Analyseverfahren für die Wasseruntersuchungen unter anderem folgende weitere Maßnahmen erforderlich:

- Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die auch bei sachgemäßer Anwendung ins Grundwasser gelangen (Atrazin und anderes).
- Für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln müssen standortbezogene Auflagen gemacht werden, um nicht nur in Wasserschutzgebieten sondern überall das Grundwasser vor Verseuchung mit Pflanzenschutzmitteln zu schützen.
- Die Einhaltung der Grenzwerte der Trinkwasser-Verordnung muß für die Pflanzenschutzmittel, für die Analyseverfahren bekannt sind, sofort und nicht erst 1989 vorgeschrieben werden. Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, für die keine Nachweisverfahren bekannt sind, muß untersagt werden.
- Es ist ein Boden- und Grundwasserkataster über die derzeitige und fortlaufende Belastung mit Pflanzenschutzmitteln zu erstellen, um der sich andeutenden zunehmenden Verseuchung gezielt entgegenwirken zu können.
- Eine Förderung der ökologischen Landwirtschaft und Ausgleichszahlungen an besonders betroffene Landwirte müssen flankierend geregelt werden.
- Eine Verschärfung des Wasserhaushaltsgesetzes und des Pflanzenschutzgesetzes sowie eine gesetzliche Umsetzung der Bodenschutzkonzeption sind unabhängig von der schnellstmöglichen Realisierung der jetzigen Regelung notwendig.

(-/9.7.1987/vo-he/rs)



DOKUMENTATION

Dr. Erhard Eppler: Chancen und Risiken der Entspannung

(Teil II)

SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler hielt auf dem Evangelischen Kirchentag der DDR in Ostberlin unter diesem Titel einen Vortrag, den wir in drei Teilen dokumentieren.

III

Gemeinsame Sicherheit ist zuerst einmal noch kein Programm, sondern ein Prinzip, auf dem sich das Programm einer Friedensordnung aufbauen läßt. Aber einige Postulate ergeben sich zwingend aus dem Prinzip:

1. Jede Seite muß auf Angriffsoptionen, also die Fähigkeit zum Angriff, verzichten.

In den letzten 40 Jahren sind Optionen immer als Absichten gedeutet worden. Dies war einer der Motoren der Aufrüstung. Daß die Sowjetunion lange Zeit - heute ist dies eher fraglich - die Fähigkeit gehabt hätte, mit ihrer Überlegenheit an Panzern tief nach Westeuropa vorzustoßen, hat im Westen die Furcht geweckt, sie wolle dies tun. Ich habe daran zu keiner Zeit geglaubt, weil ich kein vernünftiges Interesse daran erkennen konnte. Aber wozu die Fähigkeit, wenn man nicht will, was man könnte? Man rüstet doch nicht zum Spaß! Also die westliche Antwort: Entweder konventionelle Aufrüstung oder die Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Waffen. Man entschied sich für beides.

Ähnlich ging es mit den neuen Pershings. Sie könnten bei sehr kurzer Vorwarnzeit blitzartig die Nervenzentren der Sowjetunion lahmlegen. Sie haben dazu die Fähigkeit. Sie erschließen eine Option. Und wieder die Frage, diesmal von der Sowjetunion: Warum wollt ihr das alles können, wenn ihr es nicht tun wollt? Daher die neuen Raketen in der DDR und der CSSR, die auf die Pershings gerichtet sind.

Die Option des einen erscheint beim andern als Absicht, nicht für heute und morgen, aber immerhin als Absicht. Und solche vermuteten Absichten führen immer zur Forderung nach neuen Optionen, die wiederum als Absichten gedeutet werden. Daher müssen beide Seiten mit der Abrüstung da ansetzen, wo die andere Seite Angriffsoptionen zu sehen meint. Sogar da, wo es diese Optionen nur in der gängigsten Phantasie des anderen gibt, müssen durch Verringerung oder auch Umgruppierung der Potentiale diese Ängste abgebaut werden.

2. Jede Seite muß lernen, sich in die Schuhe der anderen zu stellen, jeder muß sich darin üben, die Welt aus dem Blickwinkel des anderen zu betrachten, eine Fähigkeit übrigens, die kein Geringerer als Otto von Bismarck als unerlässlich ansah für jede vernünftige Außenpolitik.

Wir im Westen, zumal die Deutschen in der Bundesrepublik, müssen endlich begreifen, warum die Sowjetunion zwischen Hamburg und Kiew gelegentlich mehr Divisionen stationiert hat, als uns nötig erscheint. Schließlich marschierten deutsche Soldaten durch Kiew, während Hitler nebenher mit beiden angelsächsischen Großmächten Krieg führte. Und jetzt sind diese Mächte und andere dazu mit der Bundesrepublik verbündet. Menschen, die in der Sowjetunion die Jahre von 1941 bis 1944 durchlitten haben, tun lieber zu viel als zu wenig für das, was sie als Sicherheit empfinden. Das müssen wir begreifen.

Aber vielleicht müssen sowjetische Politiker und noch mehr ihre Militärs verstehen, wie einem Westeuropäer zumute werden kann, wenn er auf der Landkarte sieht, daß Westeuropa nur ein kleines Anhängsel jener eurasischen Landmasse ist, die nun einmal überwiegend zum Territorium der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gehört. Nicht nur Geschichte, auch Geographie kann Ängste wecken.



Verstehen heißt nicht billigen. Aber wer die Ängste des anderen nachvollziehen kann, wird mit den eigenen leichter fertig. Er muß nicht alles als aggressiv deuten, was beim anderen aus solchen Ängsten entspringt. Das ist dann Ent-Spannung im ursprünglichen Sinn: Ein entspannteres Eingehen auf die Sorgen des anderen, ein realistisches Abwägen seiner Möglichkeiten und Interessen und dadurch die Relativierung eigener Befürchtungen.

3. Jede Seite muß bis zu einem gewissen Grad Mitverantwortung für die Sicherheit der anderen übernehmen.

Da wird es schwierig, aber nichts anderes meint gemeinsame Sicherheit. Wir haben da einen langen Weg vor uns, der vielleicht zu dem führt, was man in den zwanziger- und fünfziger Jahren einmal kollektive Sicherheit genannt hat. Was eine Friedensordnung auf der Basis kollektiver Sicherheit angeht, würde ich gerne als Schwabe hegelianisch denken. Die Bündnisse, die heute in Deutschland aufeinandertreffen, können nur schwer aufgelöst, wohl aber aufgehoben werden. Für den Schwaben Hegel hatte „aufheben“ bekanntlich drei Bedeutungen: aufbewahren, hinaufheben und ungültig machen. Ich halte es für denkbar, daß Strukturen der heutigen Bündnisse auch in einer europäischen Friedensordnung noch erkennbar bleiben, also aufbewahrt werden, daß sie aber auf eine andere Ebene als die militärischer und politischer Konfrontation gehoben und damit in ihrer heutigen Form und Funktion aufgehoben, überwunden, annulliert werden.

Ich weiß, es klingt noch sehr unpräzise, daß in einem System kollektiver Sicherheit innerhalb einer europäischen Friedensordnung die Bündnisse aufzuheben wären. Aber mehr läßt sich heute nicht sagen, wenn man nicht spintisieren oder neue Ängste wecken will. Und vielleicht lohnt es sich, diesem Gedanken weiter nachzugehen.

Eine Friedensordnung für Europa ist allerdings nicht nur eine Aufgabe für Militärs, sondern für Politiker, Ökonomen, Ökologen, Gewerkschafter, Wissenschaftler und Künstler, für uns alle. Die militärische Dimension ist unerlässlich, aber nur eine von vielen.

Wenn es das gemeinsame Haus Europa gibt, und ich meine, es gibt dieses Haus, dann darf es sich zwar nicht abschotten gegen die Häuser Afrikas, Nord- oder Südamerikas, aber es ist eben doch ein eigenes Haus mit eigener Architektur. Kennzeichen dieses europäischen Hauses muß die Vielfalt sein. In diesem Haus muß vieles Platz haben, nebeneinander, im Ringen miteinander, aber eben doch so, daß alles da zuhause und vielleicht sogar gut aufgehoben ist: Die Nationen und innerhalb der Nationen die Stämme und Regionen, die verschiedenen Zweige der Arbeiterbewegung, aber eben auch die Kräfte des Liberalismus und der katholischen Soziallehre, die unterschiedlichsten Formen des Eigentums an Produktionsmitteln, vom privaten bis zum volkseigenen Betrieb, und dazwischen alle Formen von Genossenschaften oder gemischten Unternehmen, die unterschiedlichsten Formen christlichen Glaubens neben, und manchmal verwoben mit all dem, was Aufklärung und Humanismus Europa gebracht haben. In diesem Europa muß Platz sein für Aristoteles und Marx, für Thomas von Aquin und Dostojewski, für Hegel und Kierkegaard, für Pascal und Goethe.

Das alles geht nur, wenn wir es wollen: Wenn wir den anderen, Andersdenkenden, Anderssprechenden, Andersglaubenden, Andersfühlenden nicht nur dulden, sondern als Bereicherung wollen; wenn wir froh darüber werden können, daß nicht alle so sind wie wir, wenn wir die Buntheit und vielleicht Buntscheckigkeit nicht als Last, sondern als Chance begreifen.

Das mag idealistisch klingen, aber wenn wir die Geschichte dieses Kontinents ernst nehmen, dann wäre ein europäischer Einheitsbrei eben nicht mehr Europa. Europa kann nur zusammen wachsen, wenn es seine Vielfalt als bewahrenswerte Auszeichnung verstehen lernt. Das wird keine Idylle, aber es wird auch nicht langweilig. Auch das ist noch kein Bauplan, aber eben doch eine diskutabile Vorgabe für die Architekten, und vielleicht kann eine solche Vorgabe manch überflüssige Mühe ersparen helfen.

IV

Alles Reden über europäische Friedensordnung bleibt ohne Folgen, solange wir den Bereich aussparen, der zwar nicht die Wurzel allen Übels, auch nicht der einzige Grund des Ost-West-Konflikts ist, der aber im Bewußtsein der meisten Menschen doch das wichtigste Kennzeichen der Spaltung Europas bleibt. Ich meine den Konflikt zwischen den Systemen und ihren Ideologien. Zwar sind wir inzwischen über die Form der Konfrontation hinweg, die in den fünfziger Jahren auf die Formel gebracht wurde: Hier christliches Abendland - dort asiatischer Bolschewismus. Sicher sind die Differenzen übertrieben worden, sind Feindbilder mit großer Akribie gepinselt worden. Aber hinter all diesen Feindbildern blieb ja die Realität: daß hier verschiedene Wertpyramiden entgegengesetzte Eigentumsordnungen, unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie, von Freiheit und Menschenrechten miteinander ringen. Und das dürfte so bleiben, auch dann noch, wenn wir alle begriffen haben, daß wir friedlich miteinander leben müssen.

Es stimmt nicht, daß gegensätzliche Ideologien die Beziehungen zwischen Staaten notwendig vergiften, in Feindseligkeit erstarren lassen müssen. Der russische Zar hat sich mit den französischen Liberalen verbündet, obwohl beide ideologisch sehr weit voneinander entfernt waren. Aber sie hatten einen gemeinsamen Gegner, vor dem sie sich fürchteten: Das Deutsche Reich, das in seiner inneren Ordnung irgendwo zwischen beiden angesiedelt war. Und in jüngster Zeit haben deutsche Konservative reihenweise dem Mao der Kulturrevolution ihre Aufwartung gemacht, vielleicht auch, weil sie einen gemeinsamen Feind gefunden hatten.

Nein, Interesse geht immer vor Ideologie, übrigens auch bei den beiden Weltmächten. Aber wo es ohnehin Machtkonflikte gibt, können sie durch ideologische Gegensätze zugespitzt, ja verabsolutiert werden bis zu dem Punkt, wo es nur noch um Gut oder Böse zu gehen scheint.

Das ist vor allem da der Fall, wo Ideologien und Systeme sich gegenseitig die Existenzberechtigung absprechen. Es reicht, wenn jede Seite davon überzeugt ist, die andere spreche ihr die Existenzberechtigung ab. Ich habe mich dazu an anderer Stelle ausführlich geäußert. Aber ich nehme an, hier in Berlin, am Schnittpunkt der beiden Welten, werden auch Kurzformeln verstanden.

Kommunisten haben zumindest bislang dem kapitalistischen System nur eine befristete Existenzberechtigung zugebilligt: Der Kapitalismus wird nach ihrer Auffassung ebenso dem Sozialismus weichen müssen, wie der Feudalismus des Mittelalters dem Kapitalismus weichen mußte. Damit ist noch nichts über die Zeiträume gesagt, in denen dies geschehen soll, auch nichts über die Methoden und schon gar nichts über militärische Eroberung. Aber es bleibt doch bei der befristeten Existenzberechtigung, und eben dies wird im Westen von vielen als Bedrohung wahrgenommen.

Wenn man Ronald Reagan hört - und er ist natürlich nicht der Westen, aber der mächtigste Mann im mächtigen Land des Westens -, dann hat der Sozialismus, in dem Sie leben, keinerlei Existenzberechtigung, weder befristet noch unbefristet. Die Seite, auf der vom Kommunismus die Rede ist, muß aus dem Buch der Geschichte herausgerissen werden. Das ist für manche Leute um Reagan der Sinn unserer Epoche. Solche Reden werden von Kommunisten natürlich auch als Bedrohung wahrgenommen.

Ideologien und Systeme, die sich gegenseitig die Existenzberechtigung absprechen, wo zumindest jede Seite die andere so versteht, daß sie ihr die Existenzberechtigung abspricht, sind letztlich nicht friedensfähig. Und so sind einige Freunde und ich in den letzten Jahren der Frage nachgegangen, ob es möglich ist, die Ideologien in Ost und West friedensfähig zu machen. Wir wußten, daß wir da am Nerv der Systeme hantierten. Ideologien rechtfertigen Macht, und wo es um Macht geht, hört der Spaß auf. Wir fragten also: Können die herrschenden Ideologien in West und Ost friedensfähig werden, ohne sich selbst aufzugeben, ohne im Kern beschädigt zu werden? Und unsere Antwort war schließlich: Ja, das ist möglich. Und wir haben dann mit Gesellschaftswissenschaftlern der SED darüber gesprochen, und auch sie meinten: Ja, das ist möglich. Darüber wird bald mehr zu erfahren sein.
(-/9.7.1987/vo-ha/st)

(Den dritten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

* * *

